

selben ist auch Schneider in Creusot beteiligt. Aber neben Schneider sind Krupp, Thyssen und andere Großen des Deutschen Stahlwerksverbandes darin vertreten. Die sagen: Wenn in Marokko Eisenerze in dem Umfange vorkommen, wie Mannesmann behauptet, dann können wir sie uns selber holen und brauchen uns nicht von Mannesmann ausbeuten zu lassen. Bei der Ausbeutung sind diese Herren viel lieber Subjekt als Objekt. Dieses Gegengewicht wog mehr als alle juristischen und staatsrechtlichen Gründe. Soweit die Herren Mannesmann durch Bohren Eisenerze aufsuchen, haben sie in der letzten Zeit ihre Tätigkeit nach Agadir verlegt. Von dort kam die Klage, daß die Techniker an ihrer Arbeit gehindert würden. Hier haben also Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter dem Schreiben der Mannesmann und Genossen eine Konzession gemacht. Ich glaube aber nicht, daß sie sich weiter drängen lassen, weil sie sonst die Interessen der Großmächte des Stahlwerksverbandes verletzen würden. Also kurz: Ich traue unseren Leitern der auswärtigen Politik jede Dummheit zu, ich glaube aber nicht, daß sie weitergehen, weil sie sonst die Interessen der großen Kapitalisten verletzen könnten, und da haben diese einen scharfen Blick und gebieten rechtzeitig „Halt“.

Würden wir uns vorzeitig so stark engagieren und selbst alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen, so daß daraus eine wirksame Wahlparole gegen uns geschmiedet werden könnte, dann sind die Folgen nicht abzusehen. Denn in Sozialistenhaß und Sozialistenfurcht bleiben Krupp und Thyssen nicht hinter Bethmann Hollweg zurück. Für uns ist es ein Lebensinteresse, die inneren Vorgänge: Steuerpolitik, Agrarprivilegien, Versicherungsordnung usw., nicht in der Diskussion zurückdrängen zu lassen. Das könnte aber geschehen, wenn wir selbst in jedem Dorfe über die Marokkofrage reden und damit die Gegenströmung fördern würden. Holen sich die Herren Bethmann und Genossen in dem Spiel eine gehörige Niederlage, was bei ihrem notorischen Ungeschick eine Wahrscheinlichkeit ist, dann haben wir zur Wahl ein Argument mehr.<sup>1</sup>

Wir müssen gestehen, daß uns die Schlüsse, die aus der mit solcher Sachkenntnis geschilderten Marokkoeffäre gezogen sind, sehr wenig ansprechen. Die hohe Politik, auf die sie hinauslaufen, lautet: Überlassen wir es den Granden des Stahlwerksverbandes, der deutschen Aktion in Marokko rechtzeitig ein Halt zu gebieten, und kümmern wir uns selbst so wenig wie möglich um die ganze Schose, denn wir haben uns mit andern Dingen, mit den Reichstagswahlen, zu befassen. Vor allem war es sicher keinem Menschen eingefallen, von der deutschen Partei zu ver-

<sup>1</sup> Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. IV, S. 348-350.

langen, wir sollen „alle Fragen der inneren Politik hinter die Marokkofrage zurückstellen“. Als die allerletzten stehen wohl in diesem Verdacht Vaillant und die französischen Genossen, die ja selbst ein lebendiges Beispiel geben, wie man das eine tun kann, ohne das andre zu lassen, indem sie ganz unbeschadet ihrer energischen Agitation gegen das Marokkoabenteuer aufs lebhafteste ihre innerpolitischen Probleme, in erster Linie die Versicherungsvorlage<sup>1</sup>, diskutieren. Ebenso wenig hat die kräftige Protestaktion Iglesias<sup>2</sup> und Genossen den sonstigen politischen Kampf der Partei in Spanien und namentlich in Saragossa verhindert.<sup>3</sup>

Ferner ist es sehr wahrscheinlich, daß die Gegner in ihrer Not und Drangsal aus dem Marokkorummel eine Wahlparole gegen die Sozialdemokratie zu schmieden versuchen, um eine Art „patriotische“ Faschingswahlen zustande zu bringen. Allein gerade wenn man dies annimmt und gar glaubt, dieses lächerliche und frivole Abenteuer könnte selbst „eine wirksame Parole“ gegen uns abgeben, dann erscheint es völlig unlogisch, der Erörterung dieser Frage bei der Agitation aus dem Wege zu gehen. Haben wir zu erwarten, daß die Reaktion mit dem Marokkoköder kreb- sen geht, dann wäre doch das einzige Mittel, um diese Parole unwirksam zu machen und diese Manipulationen zu durchkreuzen, wenn wir selbst so früh wie möglich und so gründlich wie möglich die Volksmassen über den kläglichen Hintergrund und die schmutzigen Kapitalisteninteressen, die da in Betracht kommen, aufklären. In welcher Weise uns die eigene Erörterung, die eigene Agitation gegen diesen neuen Vorstoß der kapitalistischen Reaktion eine Niederlage bereiten könnte, ist unbegreiflich. Hier kommt ein so geringes Vertrauen in die überzeugende Macht unserer Auffassung, in die Werbekraft unserer Agitation zum Ausdruck, daß man sich vergeblich nach Ursachen fragt. Im Jahre 1870 schauten sich Bebel und Liebknecht nicht, gegen alle entfesselten Furen des Hurratriois- mus laut unser Bekenntnis zum Frieden und zur Volksverbüderung zu vertreten.<sup>3</sup> Wenn sie es nicht „in jedem Dorfe“ taten, so wohl nur des-

<sup>1</sup> Am 3. Juli 1911 war in Frankreich die pflichtmäßige Altersversorgung für Industrie- und Landarbeiter in Kraft getreten.

<sup>2</sup> Am 10. Juli 1911 hatten die spanischen Sozialisten gemeinsam mit den Republikanern in Valencia eine Protestversammlung gegen die imperialistische Politik Spaniens in Marokko durchgeführt, an der sich etwa 20 000 Personen beteiligten. Unter anderen hatte dabei Pablo Iglesias das Wort ergriffen. Am gleichen Tage war in Saragossa ein Generalstreik ausgedroht, der bis zum 16. Juli andauerte.

<sup>3</sup> August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatten sich im November 1870 im Norddeutschen Reichstag gegen den Eroberungskrieg und gegen die Annexionsbestrebungen der herrschenden Klassen in Deutschland gewandt und offen ihre Solidarität mit dem französischen Volk bekundet. Sie lehnten die Kredite zur Weiterführung des Krieges gegen die junge französische Republik ab und wurden deshalb von den bürgerlichen Abgeordneten heftig angegriffen und beschimpft.